

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Abteilungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Preis: monatlich 2 RM. (halbjährlich 10 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Sünderstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 694, Dresdener-Verlagsgesellschaft / Redaktion: Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernschreiber: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtschreiber: Arbeiterstimme Dresden / Sperrstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Mittwoch, den 17. August 1927 Nummer 191

Heraus mit Max Hoelz Der Prozeß gegen Fricke

Berlin, 17. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach langen Verschleppungen und Verzögerungen ist die Voruntersuchung gegen den Bergmann Fricke beendet. Fricke hatte bekanntlich erklärt, daß die Verurteilung des Gutsbesitzers Hoelz für die Max Hoelz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, durch seine eigene Hand erfolgt ist. Der formelle Abschluß der Voruntersuchung wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen erfolgen. Da die Akten jedoch der Staatsanwaltschaft zugehen, ist mit der Durchführung des Prozesses gegen Fricke bereits für die nächste Schwurgerichtssession in Halle zu rechnen.

Ein halbes Jahr lang hat diese Voruntersuchung gedauert. Die Justizbehörden wollten an diese Untersuchung nicht heran. Erst der Druck der Öffentlichkeit zwang dazu, dies Verfahren aufzunehmen. Dann wurde erst monatelang nach der Voruntersuchung Fricke selbst vernommen, obgleich sich Fricke in aller Öffentlichkeit als der Täter bekannt hatte. Aber die Klassenjustiz ist sich überall gleich. So wie im Falle von Sacco und Vanzetti die amerikanische Justiz ihr Klassenurteil nicht ändern will, so will die deutsche Justiz nicht Max Hoelz freisprechen. Die Welt am Abend, die über die Verzögerung des Prozesses gegen Fricke, den Verteidiger von Max Hoelz, Herrn Rechtsanwalt Dr. Apffel, um eine Aufklärung gebeten hatte, teilt hierzu folgendes mit:

Der Verteidiger weist darauf hin, daß, so sehr die Verzögerung im Interesse von Max Hoelz zu bedauern sei, andererseits anerkannt werden müsse, daß der Untersuchungsrichter sich nicht übermäßig auf den Fall Fricke beschrankt hat, sondern ein außerordentlich bedeutendes Material zur Aufklärung des Falles Hoelz beigebracht hat, das zweifellos zugunsten von Max Hoelz wirken wird.

Es sind über 150 Zeugen vernommen worden, darunter fast alle erreichbaren Leute, die am Vorfall auf dem Heßchen Gut beteiligt waren.

Nach Ansicht des Herrn Dr. Apffel kann auf Grund des jetzt neu beigebrachten Materials kein Zweifel an der Unschuld von Max Hoelz bestehen.

Die Akten werden nunmehr der Staatsanwaltschaft Halle übergeben werden, die sich entschließen muß, ob sie die Anklage gegen Fricke erheben will. Da die Hallenser Staatsanwaltschaft über den Gang der Voruntersuchung unterrichtet worden ist, dürfte die Anklage binnen kürzester Frist fertiggestellt sein.

Mit Rücksicht auf die politische Bedeutung der Angelegenheit muß auch damit gerechnet werden, daß die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift vor Einreichung dem preussischen Justizministerium vorlegt.

Es fehlt also nichts im Wege, daß der Prozeß Fricke in der nächsten Session des Hallenser Schwurgerichts zur Entscheidung kommt.

Ob der Wiederaufnahmeantrag zugunsten von Max Hoelz vor der Aburteilung Frickes eingebracht werden wird, dies dürfte sich in wenigen Wochen entscheiden, ebenso ob dies durch den Verteidiger oder durch den Oberstaatsanwalt geschehen wird.

Ein Antrag auf Amnestie für Max Hoelz wird angesichts des erheblichen Materials, über das die Verteidigung verfügt, von dieser nicht eingebracht werden.

Der Fall Max Hoelz in Deutschland, der von Sacco und Vanzetti in Amerika zeigen den Charakter der Klassenjustiz in allen Ländern. Das Oberste Gericht von Massachusetts weigert sich, Sacco und Vanzetti von den Folterqualen zu befreien. Für den 22. August steht der elektrische Stuhl bereit.

Protestiert in den Betrieben und Versammlungen! Verlangt die Freilassung von Sacco und Vanzetti, kämpft aber gleichzeitig für die Freilassung von Max Hoelz!

Aufmarsch der Roten Front

Rote Fahnen heraus!

Am Sonntag marschiert in Dresden die Rote Front zu dem diesjährigen Sachsentreffen auf. Am vergangenen Sonntag veranstaltete in Leipzig das Schwarz-rot-goldene Reichsbanner eine Kundgebung. Dort marschierte die „Schutztruppe“ der Republik auf, der Republik des Präsidenten Hindenburg, der Schwerkapitalisten. Der Republik der Ausbeutung, des 12-Stundentages, der Wohnungsnot, der niedrigen Löhne, der Teuerung und des Steuerdrucks, der Polizeiherrschaft und Klassenjustiz gegen die Arbeiter. Der „Schutztruppe der Republik“, dieser „Schutztruppe“ gehören auch noch viele sozialdemokratische Arbeiter an. Diese sozialdemokratischen Arbeiter glauben zum großen Teil wirklich, im Reichsbanner die Interessen der Arbeiter schützen und wahrnehmen zu können. Sie sollen aber, das geht aus der Aufmachung dieses Leipziger Aufmarsches doch klar und deutlich genug hervor, die Klassenherrschaft der Kapitalisten, der Klassenrichter gegen die Arbeiter schützen. Sie sollen zusammengesoppelt werden mit den ärgsten Feinden der Arbeiterklasse, den Stahlhelm- und Jungmädcheln. Wären die Augen der sozialdemokratischen Arbeiter nicht getrübt von organisatorischer Engstirnigkeit und von traditioneller Blindheit, sie hätten die Rolle, die ihnen zugemutet wird, schon lange erkennen müssen. Das Reichsbanner ist ein Teil der Klassenarmee gegen die Arbeiter. Das Wirken des Wiener Schutzbundes, das die wagt, und planlos, die blindwütig auf die Arbeiter schließenden Polizeibeamten in Schutz nahm, zeigt, welche Rolle dem Reichsbanner zugedacht ist. Im Reichsbanner soll der Klassenstandpunkt der Arbeiter verwässert und beseitigt werden. Da soppelt man die SPD-Arbeiter mit den christlichen und demokratischen Vertretern zusammen. Da sprach in Leipzig Erkelenz und Birck neben Höfking, alles drei treue Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft. Da trat Höfking von der Tribüne zurück, als er die Klänge der „Internationale“ hörte.

Wenn am Sonnabend und Sonntag die Rote Front-Kämpfer aufmarschieren, dann erinnern wir uns an den Aufmarsch der proletarischen Hunderttausenden, wo die gemeinsame Rot und Bedrückung der Arbeiterklasse die SPD- und KPD-Arbeiter zusammenführte zu einer Front, mit einem Willen, gegen das Joch des Kapitalismus aufzubrechen. Dann erinnern wir uns aber auch daran, daß damals die sozialdemokratischen Führer alles unternahmen, diese gemeinsame Front zu sprengen, kein enges Verhältnis, kein festes Bündnis zwischen SPD- und KPD-Arbeitern zustandekommen zu lassen. Wie sabotierten damals die SPD-Führer die gemeinsamen Zusammenkünfte, die gemeinsamen Aufmärsche. Nur dem Druck der Massen nachgebend, kam der gemeinsame Aufmarsch zustande. Wie anders verhalten sich die Führer der SPD, wenn es gilt die SPD-Arbeiter mit den Zentrumsleuten und den Demokraten zusammenzusoppeln. Alle Kraft wurde angewendet, nicht aber, um Zentrums- und demokratische Anhänger im Reichsbanner zu revolutionieren, sondern um jede revolutionäre Stimmung in den sozialdemokratischen Reichsbannermitgliedern zu unterdrücken. Damals, als SPD- und KPD-Arbeiter gemeinsame Hunderttausenden bildeten, als es galt, gegen die Faschisten zu stehen, den revolutionären Geist der Massen zu beleben, da fanden wir bei den SPD-Führern den größten Widerstand, die stärkste Sabotage. Jetzt, wo es für die SPD-Führer darauf ankommt, die SPD-Arbeiter mit den Faschisten zusammenzubringen, revolutionäre Regungen zu töten, da entwickeln sie die regste Aktivität, die entschiedenste Zähigkeit und die größte Demagogie. Da täuschen sie die Arbeiter, da verschweigen sie die brennendsten Fragen. So sahen wir in Leipzig einen Aufmarsch einer Armee gegen die Arbeiterklasse. Aber dennoch, diese Armee, die heute mit ihren großen Mitgliederzahlen prahlend sich wirft, sie ist keine feste, keine geschlossene Kampftruppe. Von den verschiedensten Interessen getragen, wird und muß diese Truppe zerfallen, wenn sie als Einlag im ersten Ringen gelien soll.

Wie anders wird der Aufmarsch am Sonntag in Dresden sein. Nicht unter den bunten Fahnen des kapitalistischen Staates, nicht unter den Klängen des „Deutschlandliedes“ aus der monarchistischen Zeit werden die roten Bataillone marschieren. Am Sonntag marschieren die Soldaten der Revolution, die Truppe der revolutionären Arbeiterklasse marschiert auf. Sie marschieren unter den roten Fahnen, der Fahne der revolutionären Erhebung aller Zeiten und aller Völker, sie marschieren unter den feighaften und anseuernden Klängen der Internationale, des Rotgardistenmarsches, den uns der Sieg des russischen Proletariats bahserte. Am Sonntag marschiert die Truppe der Entrechteten und Armen, die Klassenarmee des Proletariats, die Kämpfer für den Marxismus und die soziale Revolution. Keine innerlich zerfallene, von den verschiedensten Ideen auseinandergerissene, sondern eine einheitliche, von der Begeisterung für die weitbefreiende Tat des Proletariats getragene Truppe marschiert. Marschiert und demonstriert gegen die Feinde der Arbeiterklasse, gegen den neuen imperialistischen

Rettet Sacco und Vanzetti!

Die Tagung des Obersten Gerichts

Newyork, 17. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Oberste Gerichtshof des Staates Massachusetts trat gestern zusammen, um die Verteidigung Saccos und Vanzettis anzuhören. Zur Verhandlung selbst waren nur die Pressebeobachter, Mitglieder des Verteidigungsausschusses und Beobachter als Zuhörer zugelassen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung durch den Richter Braley ergriß der Hauptverteidiger das Wort und entwickelte in mehrstündigen Ausführungen die Ereignisse des Prozesses Sacco und Vanzetti, wiederholte allerdings die durch Zeugen erbrachte Schuld eines Justizvertrahens und stellte den Antrag der Anerkennung eines Justizvertrahens bzw. daß die ganze Angelegenheit dem Bundesgericht von neuem Behandlung überwiehen werde. Nach ihm sprach der Generalstaatsanwalt Reading. Die Verkündung der Entscheidung ist vor Freitag nicht zu erwarten.

Protestfahne für Sacco und Vanzetti

Newyork. Der Kongressausschuß der Sozialistischen Partei beschloß, für den 22. August zu einem stündigen Proteststreik aufzurufen. Am 22. August sollen, wenn der Oberste Gerichtshof von Massachusetts nicht anders beschließt, Sacco und Vanzetti hingerichtet werden.

Es ist es den Denkern gelungen, die Kraft der Revolution zu zermürben, die Sackens trieben Vanzetti in den Scheitern. Die Arbeiterklasse darf nicht dulden, daß der Wortführer wird. Nach sechs Tagen sind Zeit, dann soll der Justizstreik nachläßt werden. Arbeiter, heraus zum Protest, erhebt eure Stimme gegen die Mörder!

Neues Bombenattentat bei Boston?

Boston, 16. August. (Telunion.) Wie die Abendblätter aus Boston melden, ist bei der Bostoner Polizei eine Meldung aus Cambridge eingelaufen, wonach heute morgen das Haus von Lewis Mac Hardy, der als Geschworener in dem letzten Jahre unabhängigen Prozeß gegen Sacco und Vanzetti tätig war, durch eine Explosion gefährdet worden ist. Verletzt wurde niemand.

Das deutsch-französische Handelsabkommen unterzeichnet

Paris, 17. August. (Telunion.) Das deutsch-französische Handelsabkommen ist heute vormittag 9 Uhr im französischen Handelsministerium unterzeichnet worden. Nachdem die ganze Nacht über verhandelt worden und ein grundrissliches Abkommen zu Stande gekommen war, hatte die deutsche Delegation den endgültigen Abschluß des Abkommens von der Zustimmung der Reichsregierung abhängig gemacht. Diese Zustimmung ist im Laufe des heutigen Vormittags in Paris eingetroffen. Das Abkommen wurde daraufhin unterzeichnet. Ein ausführliches Abkommen wurde daraufhin in Aussicht gestellt. Die Kommunikation ist für die Mittagsstunden in Aussicht gestellt worden. Der Handelsminister Bokanowski hat alsbald keine Kopie Amerikas angetreten.

Die Klassenjustiz tobt

gegen kommunistische Redakteure.

Weimar. Der frühere kommunistische Landtagsabgeordnete Hans Beck wurde als verantwortlicher Redakteur der Jenaer Neuen Zeitung wegen „Beleidigung von Amtspersonen“ zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Urteil ist ungeheuerlich. Immer höher schraubt die Klassenjustiz die Bestrafungen wegen formaler Beleidigungen durch die Zeitung. Dieses rigorose Anspannen der Bestrafungen ist ein Teil des Kampfes gegen die revolutionäre Bewegung der Arbeiter. Die Klassenjustiz ist das wohlfeilste Mittel, dessen sich die Bourgeoisie bedient, um die Klassenkämpfer auszuschalten. Es gilt, stärker die Stimme des Proletariats gegen diese Justiz zu erheben. Ehrenpflicht der gesamten Arbeiterklasse muß es sein, den Kampf mit aller Kraft aufzunehmen.

Mißtrauensantrag gegen den mecklenburgischen Justizminister

Schwerin, 17. August. (Eigene Drahtmeldung.)

In der gestrigen Sitzung des Landtags wurde ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen den Demokraten, Justizminister Dr. Müller, mit 26 gegen 24 Stimmen angenommen. Die nächste Sitzung des Landtages findet am 30. August statt. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Etats und die Neuwahl des Justizministers. — Der gestrige Justizminister Müller hat die Amnestierung der proletarischen politischen Gefangenen abgelehnt, und heute noch finden in Schwerin Prozesse statt, in denen Arbeiter wegen angeblicher Verbrechen im Jahre 1923 verurteilt werden.

Der Aufstand in Bolivien

Aus La Paz, der Hauptstadt Boliviens, liegen sehr widersprechende Meldungen über den Indianeraufstand vor. Bürgerliche Berichte belagen, der Aufstand sei fast völlig unterdrückt; amtliche Meldungen teilen allerdings auch mit, in den Provinzen Cochabamba und Potosí wäre der Aufständischen gelungen, Abteilungen der Regierungstruppen zu umzingeln. Bisher seien 200 Revolutionäre getötet worden.

Rußland geht nicht zur Verkehrskonferenz

Die Sowjetregierung hatte eine Teilnahme an der internationalen Verkehrs- und Transkonferenz des Wälterbundes in Stockholm zugelangt, wenn die russischen Delegierten die gleichen Rechte erhalten, wie die Mitglieder des Wälterbundes. Das Wälterbundssekretariat hat diese Forderung nicht erfüllt, die russische Delegation sollte von wichtigen Abmachungen ausgeschlossen bleiben. Darauf hat die Sowjetunion eine Beteiligung abgelehnt.